

Bericht zur Sitzung des Gemeinderates am 9. Mai 2019

Es waren zwei Zuhörer anwesend.

TOP 1 - Fragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

TOP 2 - Bahnhofstraße (zwischen B 39 und K 2113); Randsteine und Verkehrsinsel an der Einmündung in die K 2113

Der Vorsitzende verwies auf die Beratungsvorlage. Diese lautete wie folgt:

Im Jahr 2018 wurde die Neugestaltung der Bahnhofstraße mit der Firma Lukas Gläser GmbH aus Aspach durchgeführt. Die Planung vom Büro Rauschmaier wurde in der Gemeinderatssitzung am 19. Oktober 2017 vorgestellt.

Seit der Fertigstellung Ende August 2018 wird die Bahnhofstraße wieder normal befahren. Hierbei zeigte sich schnell, dass die Randsteine an der Einmündung der „inneren“ Bahnhofstraße in die K 2113 durch das Überfahren von Lastkraftwagen umgedrückt worden sind. Der Firma Lukas Gläser kann kein Ausführungsfehler nachgewiesen werden.

Das Wiederherstellen der Randsteine würde Kosten in Höhe von 6.000 Euro brutto verursachen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass es nach dem Wiederherstellen mit den bisherigen Randsteinen ebenfalls zu Verdrückungen kommen wird. Daher schlägt das Büro Rauschmaier vor, die Randsteine durch Flachbordsteine zu ersetzen, da diese robuster sind und überfahren werden können. Das Ersetzen der bestehenden Randsteine durch Flachbordsteine würde Kosten in Höhe von 7.500 Euro brutto verursachen.

In der Gemeinderatssitzung am 21. März 2019 wurde die Gemeindeverwaltung damit beauftragt, die Kosten für den eventuellen Rückbau der Querungshilfe zu prüfen. Hierfür hat das Büro Rauschmaier eine Kostenschätzung erstellt.

Der Gemeinderat beschloss, die beschädigten Randsteine durch Flachbordsteine zu ersetzen und die rechte Fahrspur um eine Reifenbreite zu verbreitern.

TOP 3 - Gemeindeverwaltungsverband „Raum Weinsberg“; Sachstandsbericht der Jugendreferentin

Der Vorsitzende verwies auf die Beratungsvorlage. Diese lautete wie folgt:

Die Jugendreferentin Isabel Steinert wird dem Gemeinderat einen Sachstandsbericht über die Jugendarbeit im Gemeindeverwaltungsverband „Raum Weinsberg“ (GVV) geben.

Zudem wird auf den vom GVV vorbereiteten schriftlichen Bericht verwiesen.

Der Gemeinderat nahm den Sachstandsbericht der Jugendreferentin des Gemeindeverwaltungsverbands „Raum Weinsberg“ zur Kenntnis und stimmte dem Beschlussvorschlag in Anlage 1 Nummern 1 bis 4 zu.

TOP 4 - Satzung über die Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit; Neufassung

Der Vorsitzende verwies auf die Beratungsvorlage. Diese lautete wie folgt:

Die Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit wurde, was die Entschädigungssätze für Gemeinderäte als auch für sonstige ehrenamtlich Tätige (unter anderem Wahlhelfer) betrifft, zuletzt zum 12. April 2011 angepasst.

Insbesondere bei Wahlen zeigt sich, dass es immer schwieriger wird, Wahlhelfer zu gewinnen, aber auch Personen, die bereit sind ihre Freizeit für ein Ehrenamt zum Beispiel als Gemeinderat zu opfern.

Die Verwaltung schlägt daher zur Honorierung des Ehrenamtes eine moderate Erhöhung vor.

Es wird vorgeschlagen, die Sätze nach § 1 Absatz 2 a) von 30 Euro auf 35 Euro, § 1 Absatz 2 b) von 45 auf 55 Euro, § 1 Absatz 2 c) von 60 Euro auf 75 Euro und § 3 Absatz 1 Nummern 1 und 2 von 30 Euro auf 35 Euro anzuheben.

Weiterhin wird vorgeschlagen, die Aufwandsentschädigung für die Tätigkeit im Gemeinderat von 30 Euro monatlicher Grundbetrag und 30 Euro je Sitzung um jeweils fünf Euro anzuheben. Auch die Monatspauschale für die Stellvertreter des Bürgermeisters soll jeweils um fünf Euro pro Monat erhöht werden.

Zur besseren Übersicht soll die vollständige Satzung als Neufassung verabschiedet werden.

Der Gemeinderat beschloss die Neufassung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit der Gemeinde Ellhofen vom 9. Mai 2019.

TOP 5 - Gemeindeverbindungsstraße Querspange; Umbau der Straßeneinläufe zu Seiteneinläufen

Der Vorsitzende verwies auf die Beratungsvorlage. Diese lautete wie folgt:

Die südlich von Ellhofen verlaufende Gemeindeverbindungsstraße, auch Querspange genannt, verbindet die Bundesstraße 39a mit der Landesstraße 1102. Zum Abführen von Regenwasser sind an der Querspange 24 Straßeneinläufe verbaut. Diese haben sich in den Jahren teils deutlich gesetzt.

Die Gemeinden Ellhofen und Lehrensteinsfeld tragen sämtliche Kosten der Querspange hälftig. Daher wurde von jeweils einer Kommune ein Angebot für das Hochsetzen der bestehenden Einlaufschächte eingeholt. Hierbei sollten auch beschädigte Straßeneinläufe durch neue ersetzt werden. Das günstigere Angebot kam von der Firma Vollkmer aus Babstadt und beläuft sich auf rund 15.000 Euro brutto.

Beim Behandeln der Thematik kam allerdings auch die Frage auf, ob es nicht sinnvoller sei, die Straßeneinläufe, welche ständiger Belastung ausgesetzt sind, gegen zeitgemäßere Seiteneinläufe auszutauschen. Hierfür wurden fünf Baufirmen gebeten, ein Angebot abzugeben. Lediglich die Firma Schneider Bau GmbH hat nun ein Angebot abgegeben. Dieses beläuft sich auf 77.440,25 Euro brutto.

Bei dem Angebot wird eine „wandernde“ halbseitige Sperrung durch eine Lichtsignalanlage vorgesehen, um den Verkehr so gering wie möglich zu beeinträchtigen. Mit einer Vollsperrung der Querspange wird von einer Kostenersparnis von bis zu 10.000 Euro gerechnet. Die Vollsperrung würde zirka eine Woche dauern.

Die Verwaltung ist der Ansicht, dass der Wechsel der Straßeneinläufe zu Seiteneinläufen eine sinnvolle Lösung wäre. Die Mehrkosten gegenüber dem Hochsetzen sind allerdings so hoch, dass dennoch ein Hochsetzen der Einlaufschächte vorgeschlagen wird. Die Verdrückungen könnten allerdings beim einfachen Hochsetzen der Straßeneinläufe bereits nach wenigen Jahren wieder auftreten.

Die Gemeinde Lehensteinsfeld entscheidet in der Gemeinderatssitzung am 23. Mai 2019 ebenfalls über das Vorgehen.

Der Gemeinderat beschloss, das Angebot der Firma Vollkmer aus Babstadt zum Angebotspreis von zirka 15.000 Euro brutto zu beauftragen.

TOP 6 - Bekanntgaben

Der Vorsitzende verwies auf die Beratungsvorlage und ergänzte mündlich

1) BUGA-Zwerg Karl

Karl wurde durch den Bauhof wieder vor dem Rathaus aufgestellt.

TOP 7 - Anfragen aus dem Gemeinderat

1) Parkplatz bei katholischer Kirche

Ein Gemeinderat fragte nach, wie der Stand in Sachen Parkplatzbau bei der katholischen Kirche sei.

Der Vorsitzende teilte mit, dass seitens der Kirchengemeinde bislang noch nichts vorgelegt wurde.

2) Wahlunterlagen Landkreis

Ein Gemeinderat beschwerte sich über die späte Lieferung der Stimmzettel durch den Landkreis.

Der Vorsitzende sagte zu, dies weiterzugeben.

3) Parkplatzsituation bei katholischer Kirche

Ein Gemeinderat regte an, dass die katholische Kirchengemeinde auf die Parkplätze am Friedhof und in der Hinteren Straße verweisen solle.

Der Vorsitzende nahm dies zur Kenntnis.

TOP 8 – Ausübung von Vorkaufsrechten

Der Gemeinderat beschloss die Ausübung des Vorkaufsrechts nach § 25 Landeswaldgesetz an den Grundstücken 1643 und 1644 im Gewann Beerklänge.

TOP 9 – Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.